

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/9

15. Januar 1976

Durchbruch für ein Europa für alle

SPD wird die politische Integration in der EG unterstützen

Von Holger Börner MdB
Bundeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

CDU-Verteidigungsrichtlinien bieten keine Sicherheit

Eindringliche Warnung vor den Folgen der Unions-Politik

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Scheu vor der eigenen Vergangenheit

Das neue Programm der Staatspartei der DDR

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 18, Heussallee 2-18
Postfach: 181 030
Telefon: 1. Zimmer 27-434
Telefax: 27-435
Telegraph: 27-436

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11

Durchbruch für ein Europa für alle

SPD wird die politische Integration in der EG unterstützen

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Das neue Jahr hat für Europa hoffnungsvoll begonnen. Belgiens Ministerpräsident Leo Tindemans hat seinen Bericht über die Lage der Europäischen Gemeinschaft und ihre Zukunftschancen vorgelegt, den er im Auftrag aller Mitgliedstaaten erarbeitet hat. Dieser Bericht hat innerhalb der EG eine breite Zustimmung gefunden. In der Bundesrepublik ist er von allen Parteien positiv aufgenommen worden.

Jetzt gilt es, zu verhindern, daß dieser Bericht und insbesondere seine vorwärtweisenden Vorschläge nach dem Beifall von allen Seiten zu den Akten gelegt werden. Europa ist noch nicht frei von der Gefahr, über dem zähen Gerangel um Milchmarkt- und Schweineschmelz-Verordnungen seine eigentliche politische Zielsetzung in den Hintergrund drängen zu lassen. Es wird sich erst nach erweisen müssen, ob es auch dann noch eine breite Zustimmung geben wird, wenn die Tindemans-Vorschläge in die Tat umgesetzt werden sollen.

Die SPD wird der von ihr geführten Bundesregierung den Rücken stärken bei der Aufgabe, die politische Integration innerhalb der EG voranzutreiben. Es gehört aber zur Ehrlichkeit, schon heute den Bürgern in unserem Land zu sagen, daß die Verwirklichung der Ziele des Tindemans-Berichts die Bundesrepublik mit höheren finanziellen Opfern für Europa belasten wird. Dabei ist es klar, daß uns dieses Geld, das wir zusätzlich aufbringen müssen, möglicherweise für nationale Aufgaben fehlen könnte.

Es hat sich angenehm überrascht, daß inzwischen auch die Opposition in der Europe-Politik einen Umdenkungsprozeß hinter sich gebracht hat. Sie hat dem Aktionsprogramm von Tindemans insgesamt zugestimmt und damit auch einem ganz zentralen Punkt seiner Beurteilung des weiteren Fortganges der politischen Integration Westeuropas. In diesem Bereich hat

sich Tindemans die Vorschläge zueigen gemacht, die Willy Brandt Ende 1974 in einer Rede vor der Europäischen Bewegung in Paris entwickelt hatte. Es hatte damals eine "abgestufte Integration" angeregt, die den unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstadien der verschiedenen europäischen Regionen berücksichtigt: "Die Gemeinschaft sollte sich die Einsicht zu eigen machen, daß sie nicht geschwächt, sondern gestärkt wird, wenn die ihrer Wirtschaftslage nach objektiv stärkeren Länder die wirtschaftliche Integration vorsehen, während andere Länder aufgrund ihrer objektiv abweichenden Lage hieran zunächst in Abstufungen teilnehmen. Hierbei kann es sich keineswegs um eine 'Abkoppelung' handeln, sondern es muß darum gehen, den gemeinsamen Rahmen zu erhalten und das gemeinsame Dach zu stärken."

Nach dieser Rede hatte es damals wütende Proteste aus den Unionsparteien ergeben. Sie sahen in der These von der "abgestuften Integration" einen Verrat an der europäischen Idee. Heute nun sind exakt diese Vorstellungen wesentlicher Bestandteile des Berichtes des belgischen Christdemokraten Tindemans. Bei ihm heißt es: "Es ist unmöglich, heute ein glaubwürdiges Aktionsprogramm zu entwickeln, wenn man davon ausgeht, daß es absolut erforderlich ist, daß in allen Fällen alle Etappen von allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt zurückgelegt sein müssen. Objektiv gesehen bestehen in der Wirtschafts- und Finanzlage derart große Unterschiede, daß mit dieser Forderung jeder Fortschritt unmöglich wird und Europa weiter zerfällt." Tindemans zieht daraus die gleichen Schlußfolgerungen wie Willy Brandt: Es müßten, so sagt er, "1/ die Staaten, welche die Möglichkeit haben, Fortschritte zu machen, auch die Pflicht haben, dies zu tun, 2/ die Staaten, welche vom Rat auf Vorschlag der Kommission als objektiv anerkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, dies nicht tun."

Es dient der europäischen Sache, daß diese Überzeugung - nach vor gut einem Jahr von der Opposition als "verräterisch" bezeichnet - heute zum Allgemeingut geworden ist.

(-/15.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

CDU-Verteidigungsrichtlinien bieten keine Sicherheit

Eindringliche Warnung vor den Folgen der Unions-Politik

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Leitlinien der CDU zur Verteidigungspolitik sind mit der Zeitungsschlagzeile "Nichts Originelles" völlig richtig qualifiziert worden. Der Leitlinien-Autor Dr. Manfred Wörner hat erklärt, daß abgesehen von wenigen Randpunkten Übereinstimmung mit der CSU bestünde. Dieser kleine Unterschied hat es in sich, wie man aus Erfahrung weiß. Die Auseinandersetzung in der CDU/CSU zwischen Atlantikern und Neogaullisten sind noch längst nicht ausgetragen. Sie ist lediglich für den Wahlkampf 1976 mühsam verdeckt. Für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Dissens innerhalb der Opposition allerdings kein Randpunkt. Würde nämlich die Opposition die Regierungsverantwortung im Herbst dieses Jahres übertragen bekommen, dann wäre ein Spannungsverhältnis wie in den 60er Jahren in den Vereinigten Staaten und Europa erneut zu befürchten. Dies wäre auch eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland. Die Tatsache, daß Dr. Wörner zum Schattenverteidigungsminister ernannt wurde, bedeutet nicht, daß auch die Kontrolle zugunsten Wörners entschieden worden wäre. In einer CDU/CSU-Regierung würde sich Kohl/Wörner und Strauß/Dregger gegenüberstehen. Und niemand kann im Ernst behaupten, daß Kohl und Wörner im Stande wären, sich gegen Strauß und Dregger politisch durchzusetzen.

Nach unserer Auffassung sind wichtige Fragen der Sicherheitspolitik diese: 1/ Was muß getan werden, um die Nukleargarantie der USA für Europa aufrechtzuerhalten? 2/ Was muß getan werden, um die militärische Präsenz der USA in Europa zu wahren? 3/ Welche Anstrengungen müssen die europäischen Bündnispartner unternehmen, um die Abschreckung glaubwürdig zu erhalten? In diesem Rahmen muß die europäische Verteidigungskooperation gesehen werden. Mit einer verantwortungsbewußten Sicherheitspolitik lassen sich die Forderungen nach europäischer oder gar nationaler Nukleareigenständigkeit, wie sie z.B. Dr. Seidel von der CSU gefordert hat, nicht vereinbaren. Solche Forderungen müssen kategorisch abgelehnt werden. Die Sicherheitspolitik der sozial-liberalen Koalition unterscheidet sich ausdrücklich von der Opposition. Diese hat die gemeinsamen Ansätze, die ab 1966 in der Großen Koalition formuliert wurden, inzwischen verlassen. Sie stimmt zwar verbal der Doppelfunktion der NATO, nämlich die Sicherheit in Europa durch die militärische Säule des Bündnisses und durch die Entspannungspolitik aufrechtzuerhalten zu, versagt sich jedoch regelmäßig, wenn es darum geht, die politischen Konsequenzen herauszuziehen. Beide Säulen stehen gleichwertig nebeneinander. Sie bedingen einander, denn eine militärische Sicherheitspolitik ohne Entspannungspolitik würde in einem die finanziellen Möglichkeiten aller Beteiligten völlig übersteigenden Maß den Rüstungswettlauf anheizen, und eine Entspannungspolitik ohne den sicheren militärischen Rückhalt wäre ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko.

Die Politik der SPD/FDP-Koalition ordnete sich 1969 ausdrücklich in den übergreifenden Entspannungsprozeß zwischen West und Ost ein. Sie

rechte selbst entscheidende Anstöße zur Fortentwicklung an. Sie leistete damit einen entscheidenden Beitrag zur Herstellung und Sicherung einer europäischen und atlantischen Solidarität. Die sozial-liberale Bundesregierung hat beeinflussend mit erreicht, daß die EG-Staaten entgegen den Befürchtungen der Opposition über einen gemeinsamen Konsultations- und Entscheidungsprozeß bei der KSZE mit einer Stimme gesprochen haben. Durch die enge Verflechtung der sachlichen Diskussion in den Europagremien und in der NATO ist hier ein Stück gemeinsamer Europapolitik geschrieben worden, die erstmals nationale Egoismen überwunden hat, ohne in ein europäisches Hegemonie- und Autonomiedenken zu verfallen. Der Abschluß der Ostverträge, die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages und der Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die UNO sind weitere außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen, die die atlantische Solidarität günstig beeinflußt haben.

Die Opposition konnte sich bei allen diesen außenpolitischen Entscheidungen zu keiner konstruktiven Haltung durchringen. Sie wich damit der politischen und moralischen Verantwortung aus. Die Opposition verlangt zwar verbal eine Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses. Durch ihr konkretes Handeln hat sie sich aber in West und Ost total isoliert. Sie ist damit außerstande, konstruktiv auf den europäischen Einigungsprozeß Einfluß zu nehmen. Sie gefährdet damit die Sicherheit des eigenen Landes, weil sie nicht in der Lage ist, zu einem Konsens im europäischen und atlantischen Bereich beizutragen.

Unsere Sicherheits- und Entspannungspolitik hat bereits erhebliche Fortschritte im europäischen Einigungsprozeß gebracht. Sie ist sicherheitspolitisch abgedeckt. Wir geben keine nationalen Interessen auf und gehen kein Risiko zu Lasten unseres Landes ein. Der Bürger unserer freiheitlichen Demokratie hat Anspruch darauf, daß wir jede noch so kleine Chance nutzen, die einen weiteren Spannungsabbau zwischen West und Ost vermuten läßt. Das Ergebnis wird hoffentlich auch in Zukunft vorwiegend positiv ausfallen. Für den Fall eines negativen Ausgangs jedoch läge ein weiterer Beweis für fortgesetzt notwendige und angemessene Sicherheitsaufwendungen vor, aber auch diese müßten dem Bürger durch Fakten bewiesener Nähe gebracht und dürften nicht einfach durch unbewiesene Behauptungen unter Zuhilfenahme primitiver Klischees angeblent werden. Wer dem Bürger hier eine nüchterne Bewertungsmaßgabe dafür vorenthält, was die Konsequenz der Politik der Opposition sein muß, treibt nicht nur ein gefährliches Spiel mit unserer Sicherheit, der geht auch mit voller Absicht den Weg der Konfrontationspolitik. Konfrontationspolitiker jedoch müssen von der Regierungsverantwortung ferngehalten werden.

(-/15.1.1976/e/pr/bgy)

+ + +

Scheu vor der eigenen Vergangenheit

Das neue Programm der Staatspartei der DDR

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat nicht den Mut, sich zu ihrer eigenen Vergangenheit zu bekennen. Das ist der Eindruck nach der Lektüre der sechs großformatigen Seiten des "Neuen Deutschland", mit denen die vor zwei Jahren eingesetzte Programmkommission die öffentliche Diskussion über die Änderung des Parteiprogramms von 1963 einleitet.

Diese Feststellung gilt zunächst für die nun auch aufgegebenen "Hauptaufgabe der Partei: Kampf um die Einheit der deutschen Nation", also "Überwindung der Spaltung der deutschen Nation". An die Stelle dieser Einheitsparolen treten im neuen Programm der "Gesetzmäßige Podest der Abgrenzung" von der Bundesrepublik und die These von den "zwei Nationen in Deutschland" - der "sozialistischen" und der "kapitalistischen". Einleuchtende Gründe für die Abkehr von der damals als Vollzug geschichtlicher Gesetze ausgegebenen Deutschlandpolitik werden nicht genannt. Um die Wendung zu kaschieren, wird im neuen SED-Programm die DDR sogar beinahe zum Mehrvölkerstaat gemacht, indem ihre Bevölkerung in eine "übergroße Mehrheit deutscher Nationalität" und eine "sorbische Minderheit" aufgeteilt wird.

Aber die Wiedervereinigungsvorschläge waren im letzten Programm mehr als nur ein Teil der "nationalen" Politik der SED gewesen. Als Forderung nach einer "Konföderation der beiden deutschen Staaten" aufgewacht, galten sie der SED im bisherigen Parteiprogramm mehr: nämlich als "die geeignete Form der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland". Daß die Väter des neuen Programms an diese einst als "marxistisch-leninistisch" ausgegebene Formulierung nicht mehr erinnert werden wollen, ist verständlich.

Die Scheu vor der eigenen Vergangenheit zeigt sich auch in anderen Teilen des Programms. Schon 1963 galt der "umfassende Aufbau des Sozialismus" als "die Grundlage für den späteren Aufbau des Kommunismus". Inzwischen hat der erste SED-Sekretär Erich Honecker angekündigt, daß die DDR etwa 1980 mit dem "Übergang zum Kommunismus" beginnen werde. Die Formu-

lierung vom "umfassenden Aufbau des Sozialismus" wurde zwar durch die von der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" ersetzt. Aber auch das neue Programm spricht nur davon, daß erst "grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus" geschaffen werden sollen. Eine Festlegung auf einen Zeitpunkt wird nach den schlechten Erfahrungen mit Terminen peinlich vermieden.

Auch vor einer weiteren Konsequenz ihrer Zwei-Staaten-Theorie scheute die SED offenbar zurück. Während nämlich Organisationen wie der "Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" und der "Verband der deutschen Journalisten" auf Anweisung der SED nach Etablierung der Zwei-Staaten-Theorie das Wort "deutsch" aus ihren Namen entfernen mußten, haben die Autoren des neuen Programms zu dieser Konsequenz nicht den Mut aufgebracht. Entgegen manchen Erfahrungen wird die SED bei ihrem bisherigen Namen bleiben und sich nicht SEDDR nennen. Wörtlich genommen steht sie damit in Konkurrenz zur SED Westberlins und zur DKP. Aber auf eine Inkonsequenz mehr oder weniger kommt es den Vätern dieses Programms wohl nicht an.

Daß das SED-Programm im Gegensatz zu den meisten kommunistischen Partein Westeuropas, Jugoslawiens und Rumäniens die "führende Rolle der KPdSU" im Weltkommunismus unterstreicht, war ebenso zu erwarten, wie die Beteuerung der "ewigen Freundschaft zur Sowjetunion".

Auf sozialem Gebiet erschöpft sich das SED-Programm in Wiederholungen aus dem alten. Schon 1963 war angekündigt worden: "Der Unterschied zu den niedrigeren und höheren Einkommen wird allmählich verschwinden." Nachdem 12 Jahre lang die Unterschiede in den Einkommen eher größer als kleiner wurden, wird nun eine "Minderung der sozialen Unterschiede" von der "Verwirklichung des Leistungsprinzips" abhängig gemacht. Betrachtet man allerdings die Entwicklung in der als "Vorbild" gepriesenen Sowjetunion, dann kann man, was diesen Programmpunkt betrifft, nicht gerade optimistisch sein.

Das sind zunächst nur einige vorläufige Anmerkungen zu der Veröffentlichung im "Neuen Deutschland". Eine gründliche Gegenüberstellung mit dem alten Programm und eine eingehende Analyse des neuen Programms behalten wir uns vor.

(et/15.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller